

Denkmalschutz soll Mietergärten in Westend retten. Um eine geplante Bebauung der Mietergärten an der Westendallee 77-91 zu verhindern, soll sich das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf dafür einsetzen, dass der seit 1995 geltende Denkmalschutz für die Häuser und Gärten aus den 1920-er Jahren erhalten bleibt. Das beschloss die Bezirksverordnetenversammlung am Donnerstag mit großer Mehrheit. Sie folgte damit einer Empfehlung des Denkmalbeirats, der aus Fachleuten besteht und der BVV ehrenamtlich zuarbeitet. Nur die FDP-Fraktion votierte dagegen, die AfD enthielt sich der Stimme.

Mieter der Häuser haben die Initiative [Grüne Westendallee](#) gegründet. Sie protestieren gegen Pläne der landeseigenen Wohnungsgesellschaft Gewobag, bis zu 350 Studentenwohnungen auf den Gärten zu errichten ([wir berichteten](#)).

Das Gelände gehört einem privaten Eigentümer, der es der Gewobag überlassen will. Einen beantragten Bauvorbescheid hatte das Bezirksamt im vorigen Jahr abgelehnt. Doch eine „Clearingstelle“ des Senats erteilte den Bescheid später im Widerspruchsverfahren.

„Unser Spielraum wurde auf Null reduziert“, beklagte Baustadtrat **Oliver Schruoffeneger** (Grüne) in der BVV. Der Denkmalschutz bedeute nur einen „minimalen Hoffungsstreifen“ für die Anwohner. Das Landesdenkmalamt werde „uns nicht stützen“, sondern den Schutz aufheben, nachdem in der Clearingstelle der Wille der Senatskanzlei sowie der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen deutlich geworden sei.

Mit Bezug darauf kritisierte CDU-Fraktionschefin **Susanne Klose**, dass objektive Kriterien anscheinend keine Rolle spielten und „Denkmalschutzentscheidungen in der Senatsverwaltung davon abhängen, wie man politisch denkt“.

Die FDP-Fraktion Johannes Heyne sprach sich erneut für den Bau der Studentenwohnungen aus. Denkmalschutz dürfe nicht als „Bauverhinderungsinstrument“ missbraucht werden. Die BVV und das Bezirksamt müssten den Anwohnern „reinen Wein einschenken“. Es bestehe ein Baurecht. Dem widersprach **Christoph Brzezinski** (CDU). Ein Vorbescheid sei noch keine Genehmigung, sondern kläre nur die baurechtlichen Möglichkeiten.